



OBERAARGAU

LANGENTHAL UND KANTON BERN

Wie war das nur möglich?

Übergriffe Missbräuche in Heimen zu erkennen und zu verhindern, scheint leichter gesagt als getan

VON SAMUEL THOMI

«Es besteht das Risiko, dass die Arbeit in Heimen Leute anzieht, die solche Situationen gezielt suchen.» Bruno Schmucki von Procap Schweiz will damit aber keinesfalls alle Mitarbeitenden in Behindertenheimen unter Generalverdacht stellen: «Überall, wo es Betreuungssituationen gibt, müssen Nähe und Distanz sowie Sexualität Thema sein», so der Sprecher der Behindertenorganisation. «Dafür muss man sich aber erst einmal der Problematik bewusst sein», so Schmucki. Dann sei es wichtig, die Mitarbeitenden auf Anzeichen von Übergriffen sexueller oder gewalttätiger Natur zu schulen: «Täter suchen sich oft wehrlose Opfer aus.» Nicht selten handle es sich um junge, körperlich und oder geistig behinderte Frauen. Martin Boltshauser vom Procap-Rechtsdienst: «Die Widerstandskraft ist besonders bei geistig Behinderten häufig kleiner, das Vertrauensverhältnis damit leichter zu missbrauchen.» Die Rechtslage aber sei klar: «Das Recht auf körperliche Unversehrtheit steht allen Menschen zu, und die sexuelle Freiheit kann man nicht delegieren.» Boltshauser schätzt die Übergriffedunkelziffer als «nicht unerheblich».

«Täter missverstehen Wünsche nach emotionaler Nähe und Wärme.»

Claudia Fliss, Psychologin

Auf hohe Dunkelziffern verweisen auch Zahlen aus Deutschland. Im eben erschienenen «Handbuch Trauma und Dissoziation» hält eine Psychologin fest, dass behinderte Frauen bis zu viermal häufiger als gesunde von sexueller Gewalt betroffen sind: «Wünsche nach emotionaler Nähe und Wärme werden von Tätern sexuell undefiniert», so das Fazit. Ferner berichtet das Magazin «Stern» in seiner Montags-Ausgabe, der Bundesgerichtshof habe in einem Fall aus dem grenznahen Waldshut eben den Schutz behinderter Menschen vor sexuellen Übergriffen gestärkt und entschieden, Täter erhielten neu doppelt so hohe Strafen, wenn sie das Opfer ausnutzten und bedrohten.

Zurück in die Schweiz: Gestern, am Tag, nachdem die für unmöglich gehaltene Missbrauchsserie eines 54-jährigen Pflegers publik wurde, hat sich



Nach Missbrauchsfällen steht die Arbeit mit Behinderten im Fokus. AZ

■ KANTON: «WIR SIND AUCH SCHOCKIERT»

«Wir sind auch schockiert.» Das sagte Michel Horn, im bernischen Alters- und Behindertenamt (Alba) zuständig für Kinder und Jugendliche. «Wir fragen uns natürlich ebenfalls, wie solch systematische, massive Übergriffe **trotz unserer Vorgaben** möglich waren.» Eine rasche Antwort habe er nicht; es gelte, die Ergebnisse der Untersuchung abzuwarten. Denn der Kanton wisse nicht mehr als das, was die Untersuchungsbehörden

informierten: «**Vor kurzem war ich überzeugt, dass unser Frühwarnsystem gut funktioniert.**» Es ist mehrstufig organisiert – derzeit könnten keine Fehler gemacht werden: In erster Linie sind die Heime selber für die Kontrolle und tägliche Sensibilisierung der Mitarbeiter zu Nähe/Distanz, Sexualität oder Gewalt zuständig. Konzepte dazu sind Teil der Bewilligung. Die Oberaufsicht hat das Alba. Obwohl andere Grün-

de zur Schliessung des Niederbippes «Haus Tobias» führten (az Langenthaler Tagblatt), verlangen die Grossräte Ueli Studer (SVP/Köniz) und Daniel Steiner (EVP/Langenthal) nach den jüngsten Schlagzeilen **einen Bericht über Berns Heime und deren Arbeit.** Auch Thomas Fuchs (SVP/Bern) will nach teils ausweichenden Antworten in der Fragestunde nun verbindliche Auskünfte von der Regierung. (SAT)

die Frage umso mehr aufgedrängt: Wie konnten all diese Taten so lange unentdeckt bleiben? Während die Strafuntersuchung weiterläuft, hat darauf Insieme Schweiz, der Verband der Eltern und Angehörigen von Menschen mit Behinderungen, keine einfache Antwort: «Für die Prävention wichtig ist einerseits die Sexualerziehung von Behinderten, damit sie sich selber besser zur Wehr setzen können», so Co-Geschäftsführerin Christa Schönbächler. «Andererseits ist von grossem Belang, wie professionell ein Heim bei Verdachtsituationen reagiert.» Ein klares Konzept, wie vorzugehen ist, helfe dem Opfer – und diene nicht zuletzt dazu, Spuren nicht zu verwischen. Drittens müssten Rückmeldungen von Eltern «ernster genommen» werden. Und da gelte es viertens – speziell, wenn sie zu wenig Gehör finden –, Unterstützung von Fachstellen zu bieten.

Hilfe für Sportvereine und Kirchen

Fragt sich, wie können Institutionen Übergriffen konkret vorbeugen? Einen Ansatz nicht nur für Behindertenheime hält die Fachstelle Mira bereit: Sportvereine, Musikschulen, Gemeinden oder Kirchen können mit der Präventionsstelle gegen sexuelle Ausbeutung eine Selbstverpflichtung abschliessen. Dazu meldet die Institution dem Verein eine Kontaktperson, die durch Mira auf Anzeichen von Übergriffen geschult wird. Erhält sie «Wind» von einem Verdacht, muss sie sich laut Mira-Geschäftsführerin Assunta Brunner an den Vorsitz der Institution wenden, der den Fall dann Mira oder der Polizei weiterleitet. «Wir haben immer wieder mit Situationen im juristischen Graubereich zu tun», sagt Brunner. «Manchmal hilft ein klärendes Gespräch, die beschuldigte Person wird versetzt oder muss ausgeschlossen werden.»

Um Grenzübertretungen in der Freiwilligenarbeit zu thematisieren, veröffentlichte Procap am Dienstag die Broschüre «Beziehungen – Grenzen und Übergriffe». Als grösste Basisorganisation von und für Menschen mit Behinderungen lege Procap Wert auf respektvolle Begegnungen. Man sei sich aber bewusst, so Bruno Schmucki, dass es immer wieder zu Situationen kommt, wo bewusst oder unbewusst Grenzübertretungen oder Übergriffe stattfinden. Die neue, 30-seitige Broschüre sei der Auftakt zu einer Präventionskampagne, die nun zufällig an Aktualität gewonnen habe.

Nachrichten

Autobahnzubringer Bund vertagt den Entscheid

Noch letzten Herbst hiess es, in diesen Tagen falle der Entscheid, ob die Autobahnzubringer Oberaargau und Emmental ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden. Das ist nötig, damit der Bund an die Realisierung zahlt. Laut «Berner Zeitung» verzögert sich der Entscheid nun aber um mindestens ein Jahr. Dazu muss die Zubringer-Lobby einen weiteren Rückschlag hinnehmen: Sagte doch Stefan Rohrbach, Sprecher des Bundesamtes für Strassen (ASTRA): «Die zwei Projekte erfüllen die Anforderungen an Nationalstrassen aus rein sachlicher Sicht nicht.» So habe der Astradirektor am Montag auch die zuständige Ständeratskommission informiert. Ein anderslautender politischer Entscheid sei aber jederzeit möglich. (SAT)

Stadt Bern Halbe Million für Kinderprojekte

Unverhofft ist die Stadt Bern zu 500 000 Franken gekommen. Das Geld stammt vom Verein Ferien Freizeit Bern, der im März 2007 übergab er den Betrieb an die Schweizer Jugendherbergen und löst sich auf. Die Mitglieder entscheiden, das Vermögen zum grössten Teil der Berner Jugend zu spenden – und zwar dem Fonds für Kinder und Jugendliche, der etwa Midnight Projekte in Bern, den Baustellenspielplatz Brünnen oder Theaterproduktionen unterstützt. Das teilte gestern der Berner Gemeinderat mit. (SDA)

Bremgarten Umstrittene Antenne bewilligt

Etappensieg für Orange: Christoph Lerch, Statthalter Bern-Mittelland, hat die Bewilligung für eine umstrittene Mobilfunkanlage in der Berner Vorortsgemeinde Bremgarten erteilt. 46 Einsprachen wurden abgewiesen. Das Projekt entspreche bau- und planungsrechtlichen Vorgaben. (SDA)

Lebensqualität im Fokus

Niederbipp Heute beginnt die öffentliche Mitwirkung zur Ortsplanungsrevision in Niederbipp. Die Unterlagen liegen bis 7. März im Gemeindehaus auf. Ein Hauptaugenmerk werde auf die Lebensqualität gerichtet, wie bereits an der Gemeindeversammlung im vergangenen Dezember ausgeführt wurde. Niederbipp sei ein Dorf mit einem steigenden Verkehrsaufkommen und reger Bautätigkeit. Darum sollen Verkehrsberuhigungs- und Verkehrssicherheitsmassnahmen auf den Hauptverkehrsachsen und den Basiserschliessungsstrassen, eine Verringerung des Lastwagenverkehrs durchs Dorf durch Umfahrungsstrassen und direkte Anschlüsse an die Autobahn zum Ziel führen.

Neben einer Orientierungsversammlung gibt es während der Auflagefrist vier Fragestunden im Gemeindehaus. Mehr Infos dazu gibts unter www.niederbipp.ch. Die Unterlagen sind unter www.panorama-ag.ch einsehbar. (JOH)

Orientierungsanlass: Mittwoch, 16. Februar, 19.30 Uhr, Räberhus, Niederbipp.

Alle in einem Zug

Grossräte Sämtliche Grossräte aus dem Oberaargau setzen sich für zusätzliche Abendzüge zwischen Bern und Olten ein. Sie haben gemeinsam eine Motion eingereicht und fordern den Halbstundentakt bis Mitternacht. Ende 2008 seien wichtige Züge ab Zürich, Olten und Bern gestrichen worden. Somit werde der Oberaargau nachts insbesondere von Zürich abgeschnitten. Die Parlamentarier von SVP, SP, BDP, FDP und EVP fordern vom Regierungsrat, dass er sich bei den SBB für die vier Züge einsetzt, die kurz nach 22 und nach 23 Uhr ab Olten verkehren und jeweils eine halbe Stunde später ab Bern. Lenkten die SBB nicht ein, solle der Kanton die zwei Zugpaare selbst finanzieren. Das sei gerechtfertigt, hätten dies Züge doch Interregio- oder S-Bahn-Charakter. (JOH)

Ein langer Wunschzettel

Grosser Rat Finanzdirektorin Beatrice Simon sieht sich mit vielen Wünschen zur Personalgesetz-Revision konfrontiert.

Der Wunschzettel des Grossen Rates an Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) enthält Vorgaben und Prüfungsaufträge für die Revision des Personalgesetzes. Mit der Revision sollen künftig teure Kaderabgänge verhindert werden. In den vergangenen zwei Jahren haben diverse Fälle in der Öffentlichkeit für hitzige Diskussionen gesorgt. Besonders prominent war der Fall eines Kaderangestellten, der während zehn Jahren 3700 Überstunden angehäuft hatte und diese beim Ausscheiden aus dem Staatsdienst einforderte.

Die grossrätliche Oberaufsichtskommission nahm sich der Sache an und kam zum Schluss, dass die Bezüge legal gewesen seien. Die Kommission machte aber auch klar, dass solche Auswüchse nicht wünschbar seien und die Gesetzgebung entsprechend angepasst werden sollte. Das Parlament nahm den entsprechenden Bericht im vergangenen November zur Kenntnis.

Weil damals die Zeit für einen ganzen Strauss von Vorstössen zum Thema nicht mehr reichte, wurden diese auf die Januar-Session verschoben. Das sei nicht ideal, denn nun sei «der Pfupf draussen», kritisierte Christian Brönnimann (BDP/Zimmerwald). Der Rat könne jetzt nur noch «ein wenig Vergangenheitsbewältigung betreiben», doppelte Thomas

Fuchs (SVP/Bern) nach. Finanzdirektorin Simon versprach noch einmal, die Anliegen der Parlamentarier aufzunehmen und Änderungen in der Personalgesetzgebung vorzunehmen. Das Parlament machte daraufhin tatsächlich nicht mehr lange Federlesen und überwies die meisten Vorstösse in der Form von Postulaten, also von Prüfungsaufträgen.

Im Lohn inbegriffen

In der verbindlichen Form einer Motion nahm der Grosse Rat zwei Forderungen an, die im Grundsatz verlangten, dass Überstunden und Überzeit im Lohn der Kaderangestellten inbegriffen sind.

Nun ist es an der Regierung, eine Revisionsvorlage auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen. (SDA)